

Kleine Anfrage Fraktion SVP (Hans Ulrich Gränicher/Alexander Feuz): Drohende massive Budgetüberschreitung: rotgrüner Blindflug oder voraussehbare Folgen der rotgrünen Politik?

Die Budgetierung ist eingestandenermassen keine exakte Wissenschaft. Angesichts des Geschäftsberichts der Postfinance, aber insbesondere auch der Folgen jahrelanger rotgrüner Politik musste allerdings ein Einbrechen bei den Einnahmen der juristischen und natürlichen Personen erwartet werden. Die SVP-Fraktion warnte in den Finanzdebatten und bei den diversen Fondesgeschäften Cassandra gleich vor dem verhängnisvollen Optimismus des Finanzdirektors und des Gemeinderates. Niedrigere Erträge waren sehr wohl voraussehbar.

Dies aus folgenden Gründen:

- Der Gemeinderat warnte bei den beantragten Steuersenkungen selber vor Einbrüchen bei Einnahmen;
 - Geschäftsberichte (Postfinance), Analysen;
 - Wegzug bedeutender Firmen (CS); Der Wegzug der CS aus Bern wurde vom verstorbenen Stadtpräsidenten Alexander Tschäppät überhaupt nicht bedauert;
 - Folgen der rigiden ideologischen Verkehrspolitik (massiver Abbau von Parkplätzen, Verkehrsschikanen/Tempolimits, Verringerung der Verkehrsflächen etc.);
 - schlechte Zusammenarbeit mit wichtigen Playern (MIGROS) und KMU;
 - häufige unbewilligte Demonstrationen, die Unternehmer, Bewohner und Kunden verängstigen und aus der Stadt vertreiben.
1. leitete der Gemeinderat angesichts der vorstehend angekündigten Anzeichen in den Jahren 2018 und 2019 Massnahmen gegen das drohende Defizit ein? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?
 2. Wieso verkannte der Gemeinderat trotz der vorstehend aufgeführten Gründe die Gefahr des drohenden Budgetdefizits und nahm gleichwohl unzählige Neueinstellungen, Erhöhung der Lohn- und Ferien- und Freitagesansprüche des Personals auch neue zusätzliche Aufgaben war?
 3. Ist der Gemeinderat nach wie vor der Auffassung, dass er seine Verkehrspolitik mit rigiden Anlieferungszeiten, Abbau von Parkplätzen, Verbannung Autos aus der Stadt etc. noch verschärfen will (MIGROS)? Wenn ja, warum nimmt er hier weitere Defizite in Kauf? Wenn ja, was will er ändern? Wo will er konkret wieviel sparen?

Bern, 30. Januar 2020

Erstunterzeichnende: Hans Ulrich Gränicher, Alexander Feuz

Mitunterzeichnende: Niklaus Mürner, Ueli Jaisli, Henri-Charles Beuchat

Antwort des Gemeinderats

Zu Frage 1:

Die Budgetierung für das Jahr 2018 erfolgte anfangs 2017 aufgrund der Erfahrungswerte aus dem Jahresabschluss 2016 und gestützt auf damalige Einschätzungen zur Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung sowie auf Detailanalysen der städtischen Steuerverwaltung zu den steuerkräftigsten Juristischen Personen. Der sehr frühe Budgetierungszeitpunkt erhöht die Komplexität dieser Prognosearbeit zusätzlich. 2018 lag der erzielte ordentliche Steuerertrag lediglich 2,1 Mio. Franken oder 0,5 % unter dem Budgetwert, was einer Punktlandung entspricht. Dem Budget 2019 lagen die Steuerertragswerte des Rekordjahrs 2017 zugrunde, was zusammen mit den im Frühjahr

2018 immer noch robusten Prognosen für das Wirtschaftswachstum im Espace Mittelland dazu führte, dass die Budgetwerte für den Steuerertrag im Rückblick zu optimistisch angesetzt worden sind. Bis Ende August 2019 lagen die Geldeingänge aus Steuererträgen aber sogar noch über dem Rekordwert aus dem Jahr 2017. Erst ab September 2019 trat eine Trendwende ein, welche sich bis Ende Oktober 2019 zunehmend verschärfte. Die definitive Bestätigung erhielt der Gemeinderat erst Mitte Dezember 2019, als die für das Rechnungsjahr 2019 relevanten Steuerfaktoren der wesentlichsten Juristischen Personen betreffend deren Geschäftsjahr 2018 im kantonalen Steuersystem enthalten waren. Zu diesem späten Jahreszeitpunkt war es nicht mehr möglich, den Haushalt für das Jahr 2019 zu entlasten.

Zu Frage 2:

Das volle Ausmass des Ertragsrückgangs war dem Gemeinderat erst Mitte Dezember 2019 bekannt. Entsprechend erfolgte die Entwicklung der Personalbestände wie auch der Anstellungsbedingungen im Rahmen der genehmigten Budgets bzw. der Aufgabenplanung. Die zwischenzeitlich eingeleiteten Sofortmassnahmen haben keinen Einfluss auf das Rechnungsjahr 2019.

Zu Frage 3:

Die Reduktion von öffentlichen Parkplätzen und Verkehrsberuhigungen entsprechen den langjährigen Zielsetzungen des Gemeinderats, wie er sie im STEK 2016, in der Energie- und Klimastategie und im «erweiterten Handlungsplan Klima» vom Mai 2019 festgelegt hat. Diese Zielsetzungen werden auch von einer überwiegenden Mehrheit der Stadtbevölkerung getragen. In diesem Zusammenhang hat der Gemeinderat stets betont, dass er die Anliegen des Wirtschaftsverkehrs angemessen berücksichtigen will. Dies gilt selbstredend auch für die Anlieferung in der Innenstadt, wofür es seit langem funktionierende Anlieferungsregimes gibt. Für die Migros und andere Grossverteiler werden deshalb auch in Zukunft Anlieferungszeiten zur Verfügung stehen, die ihren Konzepten entsprechen. Dazu und betreffend die verzerrte Medienberichterstattung in Sachen Sanierung Migros-Filiale Marktgasse verweist der Gemeinderat auf seine Antwort vom 19. Februar 2020 auf die Kleine Anfrage Oliver Berger (FDP): Weshalb behindert die Stadt die Migros?.

Bern, 26. Februar 2020

Der Gemeinderat